

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/13238 –**

### **Nach Ansicht der Bundesregierung angemessene Renditen**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

In der Vergangenheit haben Mitglieder der Bundesregierung wiederholt die Renditeankündigungen von Unternehmen kritisiert. So sagte der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, zu Renditeankündigungen der Deutschen Bank, dass so eine Rendite „auf Dauer kein Schwein verdienen“ könne (Börsen-Zeitung, 28. April 2009, Seite 1). Bei einer anderen Gelegenheit verlangte er von der Wirtschaft, Maß zu halten. „Kein einziges Unternehmen aus dem produzierenden oder dem Dienstleistungssektor käme auf die Idee, eine Eigenkapitalrendite von 15, 20 oder 25 Prozent anzustreben“, sagte er mit Bezug auf die Deutsche Bank (Süddeutsche Zeitung, Ausgabe vom 22. November 2008, Seite 7). Der Vorstandschef der Commerzbank, Martin Blessing, hat nun für das Privatkundengeschäft eine Eigenkapitalrendite von 30 Prozent vor Steuern angekündigt und liegt damit sogar noch über der von der Deutschen Bank angestrebten Eigenkapitalrendite von 25 Prozent.

1. Welche Eigenkapitalrenditen sind nach Ansicht der Bundesregierung für den produzierenden Sektor, den Dienstleistungs- bzw. Finanzsektor angemessen, und wie haben sich bezogen auf die verschiedenen Branchen die durchschnittlichen Eigenkapitalrenditen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Die Eigenkapitalrendite wird von den Unternehmen primär als Signal für die öffentliche Kommunikation genutzt, u. a. gegenüber ihren Eigentümern (Aktionären). Aufgrund der bestehenden Gestaltungsspielräume ist sie für eine vergleichende Betrachtung im Zeitablauf und über die Branchen von begrenzter Aussagekraft, entsprechende Informationen werden daher auch nicht von der Bundesregierung erfasst.

2. Welche Maßnahmen sollten Unternehmen ergreifen, um sicherzustellen, dass diese unterhalb der von dem Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, kritisierten Höhe von 15 Prozent bleiben?

Der Bundesminister der Finanzen hat bei seinen Äußerungen, die in dem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 22. November 2008 (S. 7) zitiert werden, im Rahmen der durch die Finanzkrise angestoßenen öffentlichen Diskussion auf die Gefahr überzogener Renditeziele hingewiesen, bei deren Verfolgung Unternehmen zum Eingehen übermäßiger Risiken verleitet werden könnten. 15 Prozent, 20 Prozent oder 25 Prozent stellen lediglich numerische Beispiele für Renditeziele dar, die je nach den damit verbundenen Risiken als überzogen bezeichnet werden können.

3. Anhand welcher Kriterien beurteilt die Bundesregierung die Angemessenheit einer Eigenkapitalrendite, und welche konkreten Informationen lassen den Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, an der Nachhaltigkeit seitens der Deutschen Bank angekündigten Eigenkapitalrendite zweifeln?

Eine angestrebte Zielgröße für die Eigenkapitalrendite kann dann als unangemessen gelten, wenn bei ihrer Verfolgung übermäßige Risiken eingegangen werden. Die Inkaufnahme solcher übermäßigen Risiken hat unter anderem mit zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen.

4. Welche Hinweise liegen der Bundesregierung über Unternehmen mit einer Eigenkapitalrendite in Höhe von über 15 Prozent vor, und wie stellt sich die durchschnittliche Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen mit einer Eigenkapitalrendite über 15 Prozent im Vergleich zu solchen mit einer Eigenkapitalrendite unter 15 Prozent dar?

Zu dieser Frage liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

5. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalrendite schlechter bezahlt oder behandelt werden, als in Unternehmen mit einer niedrigen Eigenkapitalrendite, und auf welchen Zahlen basiert die Einschätzung der Bundesregierung?

Zu dieser Frage liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

6. Wie oft hat die deutsche Finanzaufsicht die Deutsche Bank seit 2003 geprüft, und in wie vielen Fällen wurden dabei gravierende Mängel festgestellt?

Angaben zu einem spezifischen Kreditinstitut unterliegen der gesetzlichen Geheimhaltung des § 9 des Kreditwesengesetzes (KWG). Die Frage kann daher nicht beantwortet werden.

7. Welche Hinweise hat die Bundesregierung, dass eine hohe Eigenkapitalrendite vermehrt zu Gesetzesverstößen führt, und auf welchen Daten beruht die Einschätzung der Bundesregierung?

Ein direkter Zusammenhang zwischen Eigenkapitalrendite und Gesetzesverstößen ist aus den der Bundesregierung vorliegenden Informationen nicht erkennbar.

8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung des Vorstandsvorsitzenden der Commerzbank AG, Martin Blessing, im Privatkundengeschäft eine Eigenkapitalrendite in Höhe von 30 Prozent anzustreben, und welche Eigenkapitalrendite wäre nach Ansicht der Bundesregierung angemessen?

Wie zu Frage 1 ausgeführt, wird die Eigenkapitalrendite vor allem in der externen Kommunikation eines Unternehmens genutzt. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, die externe Kommunikation der Commerzbank zu kommentieren.

9. Hat die Bundesregierung über ihre Vertreter im Aufsichtsrat bzw. auf andere Weise dem Vorstandsvorsitzenden der Commerzbank AG mitgeteilt, dass sie die angekündigte Eigenkapitalrendite im Privatkundengeschäft in Höhe von 30 Prozent für unangemessen hält, und wenn nein, warum nicht?

Wie zu Frage 1 ausgeführt, wird die Eigenkapitalrendite vor allem in der externen Kommunikation eines Unternehmens genutzt. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, in die externe Kommunikation der Commerzbank einzugreifen.

10. Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung die durchschnittliche Eigenkapitalrendite deutscher Banken im Privatkundengeschäft?

Zusätzlich zu den bereits bei Frage 1 erwähnten Gestaltungsspielräumen ergeben sich durch unterschiedliche Abgrenzungen des Segmentes „Privatkundengeschäft“ Abweichungen, sodass sich die für einige Banken öffentlich verfügbaren Daten zu den Ergebnissen in den einzelnen Segmenten kaum vergleichen lassen. Eine Durchschnittsbetrachtung wäre vor diesem Hintergrund nicht aussagekräftig.

Eigenkapitalrendite deutscher Großbanken im Segment „Privatkundengeschäft“ für 2007 und 2008 am Beispiel deutscher Großbanken aus öffentlich zugänglichen Quellen:

		<b>EK-Rendite vor Steuern</b>	
<b>Institut</b>	<b>Segment</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>
Commerzbank	Privat- und Geschäftskunden	16,2 Prozent	35,5 Prozent
Deutsche Bank	Private & Business Clients	33,0 Prozent	27,0 Prozent
Dresdner Bank	Private & Corporate Clients	43,0 Prozent	26,4 Prozent
HypoVereinsbank	Privat- und Geschäftskunden	k. A.	k. A.
Postbank	Retail Banking	32,4 Prozent	41,1 Prozent

11. Prüft die deutsche Finanzaufsicht Finanzinstitute mit hoher Eigenkapitalrendite intensiver bzw. häufiger als solche mit geringer Eigenkapitalrendite, und wenn nein, warum nicht?

Es gibt keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Eigenkapitalrentabilität und Aufsichtsintensität. Vielmehr wird Aufsichtsintensität auf Grundlage der Einschätzung der individuellen Risikosituation des Instituts und der Bedeutung eines Instituts für die Systemstabilität bestimmt.

12. Wie viele Finanzinstitute in der Bundesrepublik Deutschland erzielen eine Eigenkapitalrendite in Höhe von <5 Prozent, 5 bis 10 Prozent, 11 bis 20 Prozent, >20 Prozent?

Für das Jahr 2007 ergibt sich bei den deutschen Kreditinstituten die folgende Verteilung auf die vier genannten Renditeklassen:

<b>Eigenkapitalrendite vor Steuern</b>	<b>Anteil der Institute</b>
kleiner 5 Prozent	41,1 Prozent
größer 5 Prozent – kleiner 10 Prozent	44,2 Prozent
größer 10 Prozent – kleiner 20 Prozent	12,5 Prozent
größer 20 Prozent	2,2 Prozent

13. Welche Schritte sollte ein Unternehmen, welches eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent erzielt, nach Ansicht der Bundesregierung einleiten, um diese auf ein angemessenes Niveau abzusenken?

Ein angemessenes Renditeniveau liegt aus Sicht der Bundesregierung vor, wenn es nachhaltig und nicht mit übermäßigen Risiken verbunden ist.

14. Wäre es nach Ansicht der Bundesregierung für den Finanz- und Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland sinnvoll bzw. vorteilhaft, wenn die Unternehmen von der Erzielung einer hohen Eigenkapitalrendite absehen würden, und wie begründet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung?

Für die Beurteilung der Attraktivität eines Finanz- und Wirtschaftsstandortes ist die Höhe der Eigenkapitalrendite aus Sicht der Bundesregierung eine unter mehreren relevanten Kriterien.

15. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die hohe Eigenkapitalrendite eines Unternehmens dessen Zukunftsfähigkeit sichert, die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigt und Investitionen fördert und damit auch einen Beitrag zum nationalen Wohlstand leistet, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass eine hohe Eigenkapitalrendite sich günstig auswirken kann, sofern diese nicht mit übermäßigen Risiken verbunden ist. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass sich diese Risiken zu einer Bedrohung für Unternehmen, Arbeitsplätze und Wohlstand auswachsen können.